No. 8/2006

31.10.2006

ENERGIE INFO

ENERGIE INSTITUT an der Johannes Kepler Universität Linz

„Der Terminator sagt der Luftverschmutzung den Kampf an" – Kalifornien beschließt ein neues Emissionsreduktionsgesetz. Der kalifornische Gouverneur Arnold Schwarzenegger setzt neue Initiativen um den Klimaschutz in seinem Bundesstaat zu forcieren.

Autor

Jürgen Wegmayr
Wiss. Mitarbeiter

wegmayr@energieinstitut-linz.at
Tel: +43/732/2468/5653
Fax: +43/732/2468/5651

Das kalifornische Emissionsreduktions-gesetz

Links zum Thema

California Global Warming Solutions Act of 2006
http://www.leginfo.ca.gov/pub/bill/asm/ab_0001-0050/ab_32_bill_20060927_chaptered.pdf

Kalifornisches Emissionsinventar 1990 – 2002
http://www.energy.ca.gov/2005publications/CEC-600-2005-025/CEC-600-2005-025.PDF

Klage des Bundesstaats Kalifornien gegen die Autoindustrie
http://news.findlaw.com/hdocs/docs/environment/calgm92006cmp.html

Am 27. September 2006 hat der Gouverneur von Kalifornien, Arnold Schwarzenegger, ein bemerkenswertes Gesetz unterzeichnet, mit dem sein Bundesstaat die führende Rolle im Klimaschutz innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika übernehmen wird. Dieses Gesetz umfasst laut Ankündigungen der kalifornischen Regierung ein umfangreiches Programm von Regulierungen und Marktmechanismen, mit dem eine messbare und kosteneffiziente Reduktion von Treibhausgasen ermöglicht wird.

Bis zum Jahr 2020 sollen die CO_2-Emissionen in Kalifornien auf das Niveau von 1990 reduziert werden, was immerhin einer Reduktion von 25 % entspricht. Bis zum Jahr 2050 sieht das ambitionierte Ziel eine Reduktion der Emissionen um 80 % unter das Niveau von 1990 vor. Das Emissionsniveau von 1990 soll bis spätestens 1.1.2008 in einem oder mehreren öffentlichen Workshops von einer staatlichen Behörde festgelegt und in einem öffentlichen Hearing abgesegnet werden.

Um das Ziel der 25 %-igen Reduktion bis 2020 zu erreichen, werden ab dem Jahr 2012 verpflichtende Emissionsobergrenzen für wichtige Emittenten eingeführt, die bis zum Jahr 2020 sukzessive gesenkt werden sollen.

Das kalifornische Emissionsreduktionsgesetz enthält für den Gouverneur die Möglichkeit, die Reduktionsverpflichtungen bis zu einem Jahr auszusetzen, wenn es die ökonomische Situation erfordert oder eine nicht vorhersehbare Notlage eintritt.

Folgende wichtige Punkte sind im „California Global Warming Solutions Act of 2006" zur Reduktion der CO_2-Emissionen vorgesehen:

- Festlegung einer Emissionsgrenze für das Jahr 2020, basierend auf Werten für das Jahr 1990 bis zum 1.1.2008
- Einführung von verpflichtenden Regeln für die Berichterstattung zur Treibhausgasentwicklung für wichtige Emittenten bis 1.1.2009
- Entwicklung eines Planes bis 1.1.2009 um festzulegen wie die Treibhausgasemissionen von wichtigen Emittenten durch Regulierungen, Marktmechanismen oder andere Möglichkeiten geregelt werden können.
- Aufstellen von Regulierungen bis 1.1.2011, um ein Maximum an technologisch möglicher und kosteneffektiver Emissionsreduktion zu ermöglichen. Subventionen sollen dabei zur Verwendung von

Initiative Schwarzeneggers zu einem Emissionshandel mit der EU und RGGI
http://de.today.reuters.com/news/newsArticle.aspx?type=topNews&storyID=2006-10-17T051122Z_01_HAG718671_RTRDEOC_0_USA-SCHWARZENEGGER-KLIMA.xml&archived=False

marktbasierten als auch alternativen Vermeidungsmechanismen eingesetzt werden.

- Gründung eines Umweltrechtsberatungskomitees und eines Wirtschafts- und Technologieberatungskomitees um das California Air Resource Board (CARB) bei der Arbeit zu unterstützen.
- Der Öffentlichkeit soll die Möglichkeit gegeben werden alle Aktionen des CARB zu verfolgen bzw. zu beobachten und auch zu kommentieren.
- Vor der Festlegung von Maßnahmen bzw. der Einführung von Marktmechanismen soll das CARB einige Faktoren evaluieren, die Einfluss auf die Wirtschaft, die Umwelt und die öffentliche Gesundheit haben. Solche Faktoren wären unter anderem *die Gleichbehandlung der betroffenen Unternehmen, Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie, Übereinstimmung mit anderen Umweltgesetzen* und auch die *Auswirkungen auf Personen mit geringem Einkommen.*

Kalifornien ist der weltweit zwölftgrößte Emittent von Kohlendioxid mit 360,2 Mio. Tonnen im Jahr 2002. Dieses Gesetz ist daher ein wichtiger Schritt, die Bedeutung von Klimaschutz auch in den USA zu einem breiten politischen Thema zu machen.

Wie ernst es dem Bundesstaat Kalifornien mit der Bekämpfung des Treibhauseffekts und des Klimawandels ist, zeigt auch eine vom kalifornischen Justizminister Bill Lockyer eingebrachte Klage vom 20. September 2006. In dieser Klage fordert der Staat Kalifornien Schadenersatz von den „Big Six“ – den sechs großen Autoherstellern - General Motors, Ford, Toyota, Honda, DaimlerChrysler und Nissan. In der Klageschrift heißt es, dass die Fahrzeuge dieser Hersteller über den Ausstoß von schädlichen Treibhausgasen zur globalen Erwärmung beitragen und damit dem Staat viele Millionen Dollar kosten, weil die Klimaerwärmung der Umwelt, der Wirtschaft, der Landwirtschaft und den Bürgern erheblichen Schaden zufügt. Weiters heißt es im Anklagetext, dass die von den Beklagten hergestellten Erzeugnisse für über 30 % der kalifornischen CO_2-Emissionen verantwortlich zeichnen. Der gesamte Transportsektor verursacht 41 % aller kalifornischen CO_2-Emissionen. Die Fahrzeuge der beklagten Unternehmen verursachen 92 % aller Emissionen des so genannten „light vehicle“ Sektors in den gesamten USA. Dieser „light vehicle“ Sektor umfasst herkömmliche PKWs und auch leichte Trucks. Die Emissionen aus dem Verkehrssektor sind die am schnellsten wachsende Emissionsquelle in den USA.

Neben der Einführung eines Emissionsreduktionsgesetzes plant Gouverneur Schwarzenegger in einer weiteren Initiative einen gemeinsamen Emissionshandel von Kalifornien, der Europäischen Union und sieben weiteren Bundesstaaten im Nordosten der USA. Schwarzenegger führte dazu bereits erste Gespräche mit dem Gouverneur

von New York, George Pataki, der gleichzeitig auch Vorsitzender der Regionalen Treibhausgasinitiative (RGGI) ist. Ziel dieser Initiative ist es, ab dem Jahr 2009 die Kohlendioxidemissionen zu vermindern und die Abhängigkeit der USA von ausländischem Öl zu reduzieren. Neben New York gehören noch die Bundesstaaten Connecticut, Delaware, Maine, New Hampshire, New Jersey und Vermont zu dieser Initiative.

Auch wenn die USA das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet haben zeigen diese Initiativen, dass das Problem des Klimawandels in den USA als solches wahrgenommen wird und es auch dort vermehrt Stimmen und politische Kräfte gibt, die sich mit einer Lösung auseinander setzen und dem Klimawandel im politischen Alltag entsprechende Aufmerksamkeit widmen. Solche Initiativen von führenden CO_2-Emittenten können eine Vorbildfunktion für den Klimaschutz haben und auch andere Nationen zu vermehrten Anstrengungen motivieren.

Medieninhaber und Herausgeber:

ENERGIEINSTITUT AN DER JOHANNES KEPLER UNIVERSITÄT LINZ
Altenberger Straße 69, A-4040 Linz
Tel: +43-732-2468-5656 / Fax: DW 5651 / office@energieinstitut-linz.at / www.energieinstitut-linz.at
Offenlegung gem § 25 MedienG abrufbar unter http://www.energieinstitut-linz.at/p_impressum.asp

JOHANNES KEPLER UNIVERSITÄT LINZ
Netzwerk für Forschung, Lehre und Praxis